

Gebäudetyp „E“: Volle Unterstützung aus dem Landtag

Text: Fabian Blomeyer

Ein großer Tag für die Bayerische Architektenkammer im Bayerischen Landtag: Auf Initiative der Kammer hatte der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr am 28. Juni 2022 Expertinnen und Experten zu einem Fachgespräch in den großen Senatssaal des Landtags eingeladen, um das Modell des Gebäudetyps „E“ vorzustellen. Kammerpräsidentin Prof. Haack konnte so gemeinsam mit den Mitstreitern Prof. Gebbeken, Präsident Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Architekt Reinhard Zingler, Berater des Fachausschusses Technik des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern, er übernahm auch den Part von Gerda Peter, GWG München), Architekt Florian Dilg, Prof. Florian Nagler und RA Dr. Olrik Vogel den Mitgliedern des Ausschusses die mit dem Gebäudetyp „E“ verbundenen Anliegen direkt erläutern. Dessen Ziel ist, dass fachkundige Bauherren selbst die Beschaffenheit des Werkvertrages und damit des zu planenden Gebäudes festlegen können. So soll es ermöglicht werden, zunächst unabhängig von sämtlichen Regeln der Technik – bei zugleich selbstverständlicher Einhaltung der Schutzziele der Bauordnung – die Planung anzugehen. Und deshalb regt Kammerpräsidentin Haack eine „Diät“ an, um sich aus dem „Speckmantel“ der Normen zu befreien. Der Gebäudetyp „E“ könne ein wirkungsvoller Beitrag sein, die erforderlichen Wohnungsbauziele ohne Abstriche bei der Nachhaltigkeit zu erreichen. Er werde so zum Innovationstreiber und biete Architektinnen und Architekten die Chance, im laufenden Transformationsprozess entscheidende Akzente zu setzen. Und dies sei dringend nötig, um bezahlbares Wohnen überhaupt noch anbieten zu können.

Architekt Reinhard Zingler sah in der Fülle der anerkannten Regeln der Technik ebenfalls ein Hauptproblem. So gelte es, mehr als 3.000

Normen zu berücksichtigen. In diesem Regelungsdickicht und in der komplexen Technisierung sieht er den Grund für das Ausbremsen der bayerischen Wohnungswirtschaft. Florian Dilg wies auf konkrete Beispiele hin und nannte unnötig hohe Schallschutzanforderungen, die zu einem Mehr an Materialverbrauch führten. Seiner Ansicht nach verdeutlicht die Kennzeichnung mit dem Typ „E“ den Verbraucherinnen und Verbrauchern deutlich, dass es sich



Foto: Blomeyer, ByAK

um Gebäude mit reduzierter Einhaltung von Normen handelt. Der Vorteil sei die „Freiheit für Innovation und umweltbewusstes Bauen“. Auch Professor Gebbeken sah ein großes Potenzial an Einsparmöglichkeiten. So müssten beispielsweise Leitungen nicht immer zwingend unter Putz verlegt werden. Und er gab zu bedenken, dass den vielen Normen enorm hohe Risikoklassen zu Grunde lägen, die es durchaus zu hinterfragen gelte.

Vorbehaltlose Unterstützung kam von Florian Nagler, Professor an der Technischen Universität München (TUM). Es sei weltfremd, Bauvorschriften entschlacken zu wollen: „Der Vorschlag des Gebäudetyps „E“ durchschlägt den gordischen Knoten und eröffnet völlig neue Perspektiven und Möglichkeiten.“ Nagler berichtete von einem geförderten Projekt der

TUM-Forschungsgruppe „Einfach bauen“. Mit dem Bau von drei Forschungshäusern in Bad Aibling sollte ein Weg aufgezeigt werden, wie Bauen heute alternativ und einfacher gedacht sowie durchgeführt werden kann.

Aus juristischer Perspektive verdeutlichte Dr. Olrik Vogel dass die anerkannten Regeln der Technik zwar zivilrechtlich disponibel seien, es aber faktisch eine Bindung an DIN-Normen gebe. Vogel sprach sich zunächst für eine mehrjährige Erprobungs- und Evaluierungsphase aus. Danach müsse die Einführung des Gebäudetyps „E“ im Freistaat bundesrechtlich in Zivilrecht transferiert werden. Im Ergebnis bedeutet dies, den Gebäudetyp „E“ in der Bauordnung zu implementieren. Allerdings muss für fachkundige Bauherren die Möglichkeit, auf die Allgemeinbindung der anerkannten Regeln zu verzichten, im BGB ausdrücklich vorgesehen werden.

Dass die Argumente der Expertinnen und Experten zu überzeugen wussten, zeigte die einhellig positive Rückmeldung der Abgeordneten.

Jürgen Baumgärtner (CSU) bekräftigte gleich in seinem ersten Statement seinen Handlungswillen und sagte: „Das sollten wir machen.“ Der Ausschuss-Vorsitzende Sebastian Körber (FDP), der die Initiative in den Ausschuss gebracht hatte, erklärte, dass ihn die Gedanken überzeugt hätten und er daraus einen Gestaltungswillen der Politik ableite. Auch bei den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freie Wähler stieß das Modell auf uneingeschränkte Unterstützung. Natascha Kohlen (SPD) sowie die Architektin Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) sagten dabei auch zu, das Anliegen bei den Regierungsfractionen auf Bundesebene einzubringen. Die positive Resonanz auf das Fachgespräch im Bayerischen Landtag stimmt zuversichtlich, dass die nächsten Schritte gemeinsam angegangen werden können. 